

Preußen.

Berlin, 17. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der Könia haben allergnädigst geruht: dem technischen Mitgliede der Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn, Bauinspektor Siegert zu Breslau, und dem technischen Mitgliede der Direktion der Aachen-Düsseldorf-Ruhrort-Eisenbahn, Bauinspektor Vogt zu Aachen, den Charakter als Baurath zu verleihen.

Dem Musiklehrer H. Rambach in Posen ist das Prädikat „Musikdirektor“ verliehen worden.

Berlin, 17. Febr. [Se. Maj. der Könia] nahmen im Laufe des heutigen Vormittags den Vortrag des Ministers des königl. Hauses, Frhrn. v. Schleinitz, entgegen.

[Se. kgl. Hoh. der Kronprinz] empfing gestern einige militärische Meldungen und wohnte Abends der Vorstellung im Opernhause bei.

[Der König] ist, wie (nach der „Volksz.“) verlautet, seit einigen Tagen etwas unpollich.

O. C. [Die Budget-Commission] fuhr heute mit der Verlesung des Generalberichts fort. Zum Vortrage kam der vom Abg. Michaelis ausgearbeitete Abschnitt über das Salzmonopol und über die direkten und indirekten Steuern. Der letztere ist mit tabellarischen Uebersichten begleitet und führt den Gedanken aus, daß die Einnahmen des Staates von den notwendigen Ausgaben abhängig gemacht werden und die Ausgleichung durch die Verwirklichung der Klassen- und Einkommensteuer bewirkt werden muß. (Antrag VI. des Generalberichts.) Ferner wurde der vom Abg. Reichenheim verfaßte Theil des Generalberichts, der von den Eisenbahnen handelt, verlesen. Die Regierungs-Commissare, die der heutigen Sitzung in großer Anzahl beizuhören, verhielten sich meistens schweigend und beschränkten sich darauf, hier und da Thatsächliches zu montiren. Einer der Herren bezieht sich in Bezug auf die Gebäudesteuer (Antrag V.) die Rechtfertigung der Regierung für die Verhandlung im Plenum vor. — Vor Ende dieses Monats wird der gedruckte Generalbericht schwerlich in den Händen der Abgeordneten sein.

[Die Commission für das Unterrichtswesen] beriet heute die Petitionen, welche auf Verbesserung der Lage der Volksschullehrer gerichtet sind. Der Vorsitzende, Abg. Harfort, empfahl Ueberweisung der Petitionen an die Regierung, schloß sich aber später dem Antrage der Abgg. v. Bunsen und Lohwisch an, das Haus möge die Regierung auffordern, die Feststellung der äußeren Verhältnisse der Volksschullehrer in vorläufige Erwägung zu ziehen. Dieser Antrag wurde angenommen, obwohl von einer Seite Bedenken gegen das Herausgreifen eines Theiles des Unterrichtsgesetzes erhoben wurden. Der Reg.-Commissar, Geh. Rath Stiehl, versicherte, daß die Regierung mit der Ausarbeitung eines solchen Gesetzes beschäftigt sei und daß das Hineinziehen des Turnens und der weiblichen Handarbeit in den Kreis der Unterrichtsgegenstände für ihre darauf gerichtete Thätigkeit Zeugnis ablege (zum Theil schon gemeldet).

[In der gestrigen Sitzung der Commission für Handel und Gewerbe] wurde nach Beratung des Jahresberichts über die Verwaltung der Staatsbahnen auf den Antrag des Abg. v. Unruh beschloffen: die Regierung aufzufordern, auf den Staatsbahnen durchweg zweite Gelfeile legen zu lassen, die auf der Westfälischen und der Ostbahn streckenweise noch fehlen, und die Berliner Verbindungsbahn zu verlegen. Ein fernerer, von einem andern Abgeordneten gestellter Antrag auf Begründung von Erneuerungsfonds für die Staatsbahnen, wurde aus politischen Gründen abgelehnt. Ueber die Petition der fetteimer Wärfenmacher, daß den dortigen Militär-Strafgefangenen der Betrieb des Wärfenmacherhandwerks unterlag werde, wurde die Tagesordnung beschloffen. Von größerer Bedeutung und Tragweite, als es auf den ersten Anblick erscheint, war eine Petition aus Merzig, einem Städtchen, das zwischen Saarbrücken und Trier liegt. Die Petenten, Händler wie Private, beschwerten sich, daß sie von der Verwaltung der saarbrückener Kohlenbergwerke keine Kohlen bekommen können und daß im Dezember v. J. gemachte Bestellungen, im Februar d. J. noch nicht effectuirt worden sind. Es sind dadurch in dem Städtchen zur Winterzeit sehr empfindliche Verlegenheiten entstanden, während in nächster Nähe 40 Mill. Ctr. Kohle im Jahre producirt werden. Die Uebersicht zeigt, daß die Verwaltung so große Verträge in weite Fernen abgeschlossen hat, daß sie den Bedarf in der unmittelbaren Nähe nicht befriedigen kann. Dieser Uebelstand könnte noch wachsen, wenn im Laufe dieses Jahres der Saar-Marne-Kanal eröffnet wird und ein unabsehbarer großer Abfluß von Kohle nach dem tohlen- armen Frankreich beginnt. Der zwischen Preußen und Frankreich am 4. April 1861 geschlossene Staatsvertrag bestimmt in seinem 6. Artikel (nach dem deutschen Text), daß die preuß. Regierung auf den Lagerplätzen am Ufer des Kanals stets Kohlen „in hinreichendem Maße“ lagern läßt. Und zwar sollen diese Kohlen an die franz. Regierung stets zum billigen Preise verkauft werden, zu welchem die diesseitige Verwaltung sie überhaupt an irgend jemand verkauft. Ueber die Bedeutung des Ausdrucks „abundament“ (in hinreichendem Maße) ist keine Interpretation festgestellt und der aus dem Vertrage abzuleitende Anspruch auf Kohlenlieferung steht auch dem ungemessenen Verlangen keine Grenze. Die große wirtschaftliche und politische Bedeutung dieser Vertragsbestimmung liegt klar zu Tage. — Die Commission hat ihren Beschluß über die merziger Petition gestern vertagt, weil sie noch näherer Informationen bedarf.

[Der Vorstand des „linken Centrums“] (Fraktion Bodum-Dolffs) des Abgeordnetenhauses besteht für die nächsten vier Wochen aus den Abgeordneten Harfort, Frech, Stavenhagen, Wachler, Ahmann, Dr. Siegert und André.

[Die confessionelle Qualifikation in Zeugnissen.] Ein im „Centralblatt“ veröffentlichter Erlass des Cultusministeriums betrifft die Ausstellung von Lehrer-Prüfungs-Zeugnissen mit Rücksicht auf die confessionelle Qualifikation der Candidaten. Die bezügliche Verfügung, welche bereits in öffentlichen Blättern erwähnt worden ist, lautet ihrem vollständigen Inhalt nach:

Dem königl. Provinzial-Schul-Collegium eröffne ich auf den Bericht vom 3. Dezember v. J., daß die Prüfung für das Schullamt nicht den Zweck hat, in confessioneller Beziehung die Kategorien der Schulen zu bezeichnen, an welchen die Geprüften zu unterrichten berechtigt sind, sondern nur, deren Qualifikation für das Lehramt festzustellen. Die Zulassung zur Anstellung oder zur Beschäftigung an Schulen mit Rücksicht auf deren confessionellen Charakter und die confessionelle Stellung des Candidaten ist Sache der Schulverwaltung und Aufsicht. Es widerspricht daher eben so wohl diesem Grundsatze, als der von dem königl. Provinzial-Schul-Collegium selbst zu Anfang des Berichtes dargelegten Auffassung, wenn das für die Anna N. ausgestellte Prüfungszeugnis diese als für den Unterricht in „jüdischen“ Mädchenschulen befähigt bezeichnet. Dasselbe ist nach dem Ausfall der Prüfung für den Unterricht in Mädchenschulen überhaupt befähigt; die anstellende oder beauftragende Behörde wird vor- kommenen Falls zu bestimmen haben, ob und in wie weit die u. N., als der jüdischen Religion angehörig, auch zum Unterricht in christlichen Schulen zugelassen ist.

Hiernach ist das Zeugnis abzuändern u.

Berlin, den 11. Januar 1865.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten. v. Mähler.

[Die annexionistische Partei in den Elberzogthümern] sieht sich in Folge der Entmutigung, die sich in neuester Zeit im augenburgerischen Lager zeigt, verstimmt. Mehr und mehr treten ihr Elemente entschlossen bei, die sich bisher in der Devise „Anschluß an Preußen“ eine Hintertür offen zu halten suchten. Sensation hat die Erklärung des Advocaten Rathlew im „Kieler Wochenblatt“ gemacht, welcher sich selbst offen als „Annexionist“ bekennt und in der Annexion die „wunderbare Thatsache“ der Einheit Deutschlands erblickt. Einer längeren Zuschrift des Herrn Scheel-Plessen aus Altona, 10. Februar, an die „Weser-Zeitung“ entnehmen wir folgende Stelle: „Den engsten Anschluß der Herzogthümer an die preussische Monarchie

wünsche ich, weil ich die Ueberzeugung habe, daß sie des Schutzes derselben auf die Dauer nicht werden entbehren können, weil ich ferner der Ansicht bin, daß sie in einer mit Preußen gleichberechtigten Stellung einer glücklichen Zukunft entgegengehen, daß aber eine in den wichtigsten Beziehungen des öffentlichen Lebens von Preußen abhängige, einem Vajallenthum ähnliche Lage der Herzogthümer weder dem einen noch dem anderen Theile Befriedigung gewähren wird und weil ich im Interesse des ganzen Deutschlands nicht minder wie der zunächst Beteiligten wünsche, daß die durch Oesterreichs und Preußens gloriose Waffenthaten erfochtenen Siege zu größerer Vereinigung deutscher Kraft und Macht, nicht aber zu noch größerer Zersplitterung führen mögen.“

[Das See-Cadetten-Institut.] Die „Westph. Ztg.“ schreibt: Da das bisher bestehende See-Cadetten-Institut in Berlin in Folge des neu ein- zuführenden Ergänzungsmobils für das Seeoffizier-Corps aufgehoben und statt desselben eine Marineschule beabsichtigt, die der Berufswissenschaften eingerichtet werden wird, so sollen von diesem Zeitpunkte ab nur Aspiranten zur Offizier-Carriere zugelassen werden, welche bereits die erforderliche schul- wissenschaftliche Bildung besitzen. Als Ausweis dafür genügt nur das Schul- zeugnis von Ober-Secunda. Nachdem der Aspirant 1 Jahr lang praktisch auf einem in Dienst gestellten Schiffe ausgebildet ist, wird derselbe zur Ver- suchsprüfung als See-Cadett zugelassen. Diese Prüfung erstreckt sich auf Mathematik (Geometrie, Arithmetik, Trigonometrie, Stereometrie und sphä- rische Trigonometrie), Physik, Geographie, Zeichnen, französische und eng- lische Sprache. Nach absolvirtem Examen wird der See-Cadett mit dem Ge- halt eines Matrosen-Unteroffiziers zwei Jahre zur Dienstleistung auf die Uebungsschiffe commandirt und demnach zum berufswissenschaftlichen Cursus der Marineschule überwiesen, nach dessen Beendigung das Seeoffizier-Examen abzugeben ist. Wie die „Köln. Z.“ hört, steht die Aufhebung des See-Cadetten- Instituts zum 1. April 1866 bevor.

[Arbeiter- Angelegenheiten.] Der Vorstand des Hand- werksgehilfen-Bundes in Elbing hat an das Herrenhaus und das Ministerium eine Petition gerichtet, welche mit den Worten schließt: „Wir hoffen weder von dem einen, noch von dem anderen Agitator die wirkliche Verbesserung unseres Wohles. Unser Wohl und Wehe steht einzig und allein in der Hand Sr. Majestät des Königs, unseres Landesvaters.“ — Die Petenten wünschen das Coalitionsrecht unter polizeilicher Aufsicht.

[Der bisherige Premier-Lieutenant im kurhessischen Jäger-Bataillon C. v. Lohberg] ist aus Kassel hier eingetroffen, um die zu seiner Aufnahme in die preussische Armee nöthigen Schritte zu thun. Bekanntlich steht schon seit einem Jahre ein ehemaliger kur- hessischer Offizier, der Rittmeister v. Gilsa, beim Brandenburgischen Kürassier-Regiment (Kaiser Nicolaus I. von Rußland) Nr. 6, der deshalb den kurhessischen Dienst verlassen hatte, weil ihm die Begün- stigung der Heirath eines Mitgliedes der kurfürstlichen Familie mit einer Schauspielerin zur Last gelegt wurde.

[Die Beschränkung der polnischen Sprache.] Dem in Kulm erscheinenden „Radwianin“ wird in Bezug auf die Verordnung der königl. Regierung zu Marienwerder vom 1. Dezember v. J., be- treffend die Beschränkung der polnischen Sprache in den Elementar- schulen, von seinem berliner Correspondenten geschrieben:

„Aus guter Quelle kann ich versichern, daß der Herr Unterrichtsminister den Inhalt der Verordnung der königl. Regierung vom 1. Dezember v. J. nicht gekannt hat und daß er die Tendenz derselben durchaus mißbilligt. Der Herr Minister ist als erleuchteter Mann der Meinung, daß die erste und vorzüglichste Aufgabe der Elementarschulen darin besteht, die Kinder zuerst in der Muttersprache lesen, schreiben und rechnen zu lehren, und daß der Unterricht in der deutschen Sprache, so erwünscht und notwendig er für das weitere Fortkommen ist, nur die zweite Stelle einnehmen kann. Der Herr Bischof v. D. Marwig hat sich daher ein großes Verdienst erworben, daß er sich mit Energie und Würde seiner Vorgesetzten annahm. Sein Auf- treten gegen jene Verordnung hat hier in den höchsten Kreisen, selbst am Throne, den besten Eindruck gemacht. Die Sache steht so, daß die königliche Regierung vom Herrn Minister aufgefordert worden ist, sich näher über die Sache auszulassen. Bevor der eingeforderte Bericht eingegangen ist, kann natürlich die definitive Entscheidung nicht getroffen werden.“

[Berlin-görliger Stammprioritäten.] Wie die „B. B. Z.“ erfährt, ist gestern zwischen dem Herrn Dr. Strousberg als Vertreter des Finanz-Comitès der Berlin-Görliger Eisenbahn-Gesellschaft und der königlichen Generaldirection der Seehandlungs-Societät ein Vertrag zum Abschluß gekommen, wonach die letztere von den fünfprocentigen Stamm-Prioritäts-Actien genannter Bahn zwei Millionen Thaler fest, und zwei und eine halbe Million Thaler zur commissiönsweisen Unter- bringung übernimmt. Voraussetzlich werden nun diese Stamm- Prioritäten von der bezeichneten Stelle her binnen kurzer Zeit auch an den hiesigen Markt gebracht werden.

[In der Injurienklage des Abgeordneten Dr. Langer- hans wider den Landrath v. Massenbach] in Samter ist das königl. Kreisgericht zu Samter seitens des Gerichtshofes zur Entschei- dung der Competenz-Conflicte angewiesen worden, die von Dr. Langer- hans in dieser Angelegenheit vorgeschlagenen Zeugen eidlich zu vernehmen.

[Der Abgeordnete für Berlin Dr. Lünig] ist in Folge eines Raubkunks schwer erkrankt.

Königsberg, 15. Febr. [Geschwidung. — Kantfeier.] Ich theilte Ihnen seiner Zeit einen merkwürdigen Geschwidungsprozeß mit, wonach das königl. ostpreuss. Tribunal angenommen hat, daß eine Ehe zwischen Christen und Juden, wenn beide Theile auch aus ihrer früheren religiösen Gemein- schaft ausgetreten sind, nichtig sei, so wie, daß die von der Staatsanwalt- schaft beantragte Nichtigkeitserklärung einer solchen hier viele Jahre hin- durch factisch bestanden, vom Stadtgericht nunmehr aber getrennten Mische als gerechtfertigt erscheine. Gleichwohl aber hat das ostpreuss. Tribunal die diesseitige Provocation um deshalb zurückgewiesen, weil inzwischen das erste Erkenntnis rechtskräftig, und dieselbe dadurch ge- gesandlicht worden. Gegen dieses Erkenntnis zweiter Instanz hat nun die Staatsanwaltschaft eine Revision des ganzen in Rede stehenden Geschwidungsprozesses beantragt, indem sie ausführt, daß es noch immer im öffentlichen Interesse liegt, die Folgen einer nichtigen Ehe sowohl in Be- treff der lebenden Kinder, als der wieder sich zu verheirathenden gebeten- den Eltern selbst möglichst zu beseitigen. Sie will demnach, daß das Erkenntnis des königl. ostpreussischen Tribunals vom 15. November 1864 dahin abgeändert, daß jene mehr als ein Decennium bestehende Miß- Ehe nachträglich für nichtig erklärt werde. Wir sind um so mehr auf den Ausgang des Prozesses gespannt, als die factisch geschiedene Christin bereits wieder an einen Christen verheirathet ist und aus erster nunmehr beanstandeter Ehe zwei Kinder mitübergebracht hat. Seit- samer Dinge und Verhältnisse. — Der sonst nach der Schreiber'schen Stiftung alljährlich auf der Albertina gefeierte Todestag Immanuel Kants, der 12. Februar, ist diesmal gerade — vier Monate nach der Er- richtung der Kant-Statue — wirklich nicht gefeiert worden. Gewiß der erste Fall dieser Art! Als Grund dieser Abnormität wird am schwarzen Brett angegeben, daß nur eine Studentenarbeit eingegangen ist, die aber des Preis- les und der Vorlesung nicht würdig er- schien wäre. Unglaublich, aber doch wahr! — Wir hatten zufällig Einicht in das Fährtenbrett eines 18jä- hrigen Studenten, das er sich behufs Eintritt in den Militärdienst von seinem Landrath geben ließ. Es lautete merkwürdigerweise dahin, daß seine Fähr- tung (nämlich des 18jährigen Studenten) sowohl in moralischer wie in po- litischer Beziehung sehr gut gewesen ist. (Pr.-Litth. 3.)

Neidenburg, 16. Febr. [Folgende eigenthümliche Ge- schichte] theilt die „Westph. Ztg.“ mit: Der Gutsherr R. auf L. nahm einen als tüchtigen Brenner bekannten jungen Mann auf das

Gut hinaus und hat derselbe eine geraume Zeit zur Zufriedenheit des Besitzers gebrannt. Kurz vor Weihnachten erzählt derselbe im Wirths- hause, daß in der Brennerei außer den über der Erde befindlichen noch unterirdische Bottiche angelegt seien, auf welche Weise es möglich gemacht werde, einen Theil der Malsche der Steuer zu entziehen. Die Steuerbehörde erhielt von dieser Aeußerung Kenntniß und stellte eine Untersuchung an, welche die Richtigkeit dersel- ben herausstellte. Es wurde deshalb gegen R. und seinen Brenner eine Anklage vorbereitet und berechnete man die Geldstrafe, die diese treffen würde, auf 7—8000 Thlr. Am Weihnachtsabend nun kommt der älteste Pomager (so nennt man in Masuren die Brennknechte), aus L. zu dem Landrath und bittet um Hinausendung einer Feuer- spritze, da er genau wisse, daß L. brennen werde, er habe feuer- gefährliche Gegenstände in dem Schafstalle gefunden. Der Land- rath sieht ihn erstaunt an und fragt nach den näheren Bewei- sen. Da holt der Pomager die brennbaren Stoffe, die er gleich mitgebracht, aus der Tasche hervor und zeigt sie dem Landrath. Dieser ist nunmehr überzeugt und sendet die Spritze alsbald ab, welche indessen zu spät kam, denn ganz L. stand bereits in Flammen. Der Brenner wurde als der Brandstiftung verdächtig verhaftet. In den Feiertagen fuhr R. nach der Stadt, sich als Kutscher jenes Pomagers, des einzigen Zeugen dafür, daß das Feuer absichtlich angelegt worden, bedienend. R. ist wieder zurückgekehrt, doch nicht der Pomager, der von jenem Tage ab spurlos verschwunden ist. R. und Frau sind ge- fänglich eingezogen.

Deutschland.

Frankfurt, 16. Febr. [Abschaffung des Zeitungstempels.] Die gesetzgebende Versammlung unserer freien Stadt hat in ihrer gestrigen Sitzung fast einstimmig beschloffen, den Antrag an den Senat auf Abschaffung des Zeitungstempels zu erneuern.

Stuttgart, 14. Febr. [In der gestrigen und heute fort- gesetzten Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe] sprach sich die Regierung für Beibehaltung derselben aus. Minister v. Neurath bemerkte: Das Recht des Staates, die Todesstrafe zu ver- fügen, leide er davon ab, daß der Rechtszustand in Beziehung auf die in Frage stehenden Verbrechen durch gelindere Mittel nicht gewahrt werden könne. Man werde strenge zu erwägen haben, ob der Zustand unseres Volkes gestatte, die bestehende Straftat zu mildern. Er seiner- seits glaube dies verneinen zu müssen. Auch berufe er sich darauf, daß fast alle Staaten der civilisirten Welt bis jetzt es für nothwendig gehalten haben, die Todesstrafe beizubehalten. Prälat v. Moser führte unter Anführung vieler Bibelstellen aus, daß die Verurtheilung der Obrigkeit über Leben und Tod eine Schriftgemäße und darum wohl- berechtigte sei. Die Vertheidigung der Todesstrafe durch Mochl veran- laßte Römer zu dem Nachweis, daß Mochl sich 1853 gerade im ent- gegengesetzten Sinn ausgesprochen und bei der Wiedereinführung dieser Strafe in jenem Jahre dagegen gestimmt habe. Ueber das Resultat der Abstimmung haben wir schon berichtet.

Wiesbaden, 15. Febr. [Die „Mittelrheinische Zeitung.“] Von der Aufhebung der Suspendirung der „Mittelrheinischen Zeitung“ hört man noch immer nichts. Auf die günstigen Aussichten hin, welche der Minister den drei Deputationen hiesiger Bürger gemacht hatte, hoffte man täglich auf das Wiedererscheinen der Zeitung, und man rieth ab von allen weiteren Petitionen und Deputationen. Da aber über dem Hoffen und Harren wieder acht Tage vergangen sind, so fängt das Publikum an, hoffnungslos zu werden.

Wiesbaden, 15. Febr. [Verbotsaufhebung.] Das Ver- bot, die im Verlage des C. Adelman in Frankfurt a. M. erscheinenden Druckschriften im Herzogthum Nassau zu verbreiten, ist auf Adels- manns Bitte von der Landesregierung wieder aufgehoben worden.

Kassel, 14. Febr. [Typhus.] Die hassenpflug'schen Verordnungen.] Nachdem bekannt geworden, daß in Hanau unter dem dortigen Militär der Typhus herrscht, ist die dahin beschlossene Reife des Kurfürsten, welcher über die Abhiebnahme der Jägeroffiziere v. Lohberg und v. Schend sehr ungehalten sein soll, plötzlich aufgege- ben worden. — Großes Aufsehen macht ein Gerücht bei uns, welches seit einigen Tagen die Angabe verbreitet, daß unser Oberappellations- gericht neuerlich entschieden habe, daß die berüchtigten hassenpflug'schen Verordnungen aus dem Jahre 1854 in Betreff des Jagdrechts, des Vereinswesens u. als verfassungswidrig unanwendbar seien. Im Falle sich dies bewahrheitete, hätten wir einen sehr bedeutenden Schritt zur Wiederherstellung eines geordneten Rechtszustandes vorwärts gethan.

Lübeck, 14. Febr. [Die Arbeiten für das Nivellement des Nord-Östsee-Kanals] in der Richtung über Lübeck sind in den letzten Wochen, der „Lübecker Z.“ zufolge, mit verstärkten Kräften in der Nähe unserer Stadt in Angriff genommen, um wo möglich noch vor Ostem ein bestimmtes Resultat zu erzielen. — Wie dasselbe Blatt vernimmt, sind mehrere bedeutende hiesige Geschäftshäuser, welche be- sonders das dänische Geschäft betreiben, zusammengetreten, um eine regelmäßige Dampfschiffahrt nach den dänischen Inseln ins Leben zu rufen.

Dänemark.

* * * Kopenhagen, 11. Februar. [Die durch die Eisver- hältnisse geschaffene isolirte Lage Kopenhagens. — Die Verkleinerung der Drlogsmarine. — Vertriebene Schles- wiger angestellt. — Aus Schweden.] Die dänische Hauptstadt würde augenblicklich ohne jegliche Nachricht von der Außenwelt sein, wäre nicht der Telegraph vorhanden. Die Insel Seeland ist nämlich seit nahezu acht Tagen durch die Eisverhältnisse des großen Belts und des Sundes von jeglichem Postverkehr einerseits mit dem Continent, andererseits mit Schweden-Norwegen vollständig abgeschnitten. — Nach einer officiellen Notiz in dem soeben erschienenen „Kalenber des Secetats für 1865“ sind seit dem 14. Dezember v. vorigen Jahres folgende Kriegsfahrzeuge aus den Rissen der Drlogsmarine gestrichen worden: die Segellinienschiffe „Frederik VI.“ u. „Waldeemar“, die Segellinienschiffe „Garfruen“ und „Thetis“, die Segelcorvette „Najaden“, die Segel- brigg „St. Thomas“ und der Rutter „Neptun“. Außerdem werden in näch- ster Zeit zahlreiche kleinere Fahrzeuge cassirt werden. — Von vertriebenen schleswighen Beamten sind in diesen Tagen wiederum zwei der meist dänisch- gesinnten u. bekannten angestellt worden, nämlich der frühere Rector der Schles- wiger Domschule, Dr. Pavelsen, als Rector der Cathedralschule in Roskilde auf Seeland und der frühere Brückenschreiber in Flensburg, Kammerrath Christian Hansen, als Kassirer an dem hiesigen Pfand- und Leib-Institut. — Aus Schweden wird auf telegraphischem Wege berichtet, daß König Carl vorgestern seine Reise nach Christiania

